



Volksmeinung 2016

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen

Volksstimmung

AHV

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Direkte Demokratie und Parteifinanzierung



Volksmeinung 2016

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen Volksstimmung AHV

Asyl- und Flüchtlingspolitik
Direkte Demokratie und Parteifinanzierung

2.11.2015 bis 3.1.2016 20224 Teilnehmer 48 Fragen www.vimentis.ch/umfrage

Die Mobiliar
Versicherungen & Vorsorge

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgesuchte Ergebnisse		
2	Übe	rsicht	12
	2.1	Verein Vimentis	12
	2.2	Erhebungsmethodik	13
	2.3	Ergebnisse im Internet	15
3	Dan	ksagung	16

1 Ausgesuchte Ergebnisse

Volksstimmung mehr auf Seite 4

AHV mehr auf Seite 6

Direkte Demokratie und Parteifinanzierung mehr auf Seite 8

Asyl- und Flüchtlingspolitik mehr auf Seite 10

Volksstimmung

Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.



Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf? 45% 41 40% 35% -30% -25% -20% -15% -10% -9 6 5 5 5% 3 0 0% Ausländer- und Asylpolitik Armut . Umweltschutz Familienpolitik Steuern anderes momentan kein Handlungsbedarf Beziehung zur EU Kosten/Finanzierung Sozialwerke ungleiche Einkommensverteilung Arbeitslosigkeit Energiepolitik 3ildung/Forschung Kriminalität Staatsverschuldung (Bund, Kanton, Gemeinde) Verkehrspolitik Gesundheitswesen



Die Zufriedenheit mit der Schweizer Politik hat in diesem Jahr leicht abgenommen im Vergleich zu den vergangenen Jahren. 2016 ist zusammengenommen eine Mehrheit von 53 % eher unzufrieden oder unzufrieden während es 2015 noch 48 % waren. Der Prozentsatz der Personen, die eher zufrieden oder zufrieden mit der Schweizer Politik sind, ist in diesem Jahr um 6 Prozentpunkte auf 37 % gesunken. Bei der Zufriedenheit lässt sich ein bedeutender Unterschied zwischen den Personen feststellen, die gerade in das Berufsleben einsteigen, und jenen die kurz vor dem Eintritt in das Rentenalter stehen. Bei den 15 bis 24-jährigen sind 48 % eher zufrieden bis zufrieden mit der Schweizer Politik, während bei den 55 bis 64-jährigen gerade mal 34 % eher zufrieden bis zufrieden sind.

Nach wie vor ist die Wählerschaft der SVP mit 76 % am unzufriedensten mit der Schweizer Politik, während bei den CVP-Wählenden bloss 30 % eher unzufrieden oder unzufrieden sind.

Wie auch in den letzten Jahren, sehen die Schweizerinnen und Schweizer auch 2016 den höchsten politischen Handlungsbedarf im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik. Während letztes Jahr 35 % der Umfrageteilnehmenden diesen Handlungsbereich als höchste Priorität einstuften, ist der Prozentsatz in diesem Jahr auf 43 % angestiegen. Mit grossem Abstand an zweiter Stelle folgt die Beziehung zur EU. Hier sehen 9 % den höchsten Handlungsbedarf was 2 % weniger sind als noch 2015. An dritter Stelle sieht die Bevölkerung einen Handlungsbedarf in den Kosten/ der Finanzierung der Sozialwerke.

Während die Gruppen mit einem tiefen Alter, Bildungsniveau und Einkommen den Handlungsbedarf in der Ausländer- und Asylpolitik deutlich vor der Beziehung zur EU sehen, ändert sich das mit zunehmendem Alter, Bildung und Einkommen zugunsten der Beziehungen zur EU. Die einzigen Wähler, die nicht in der Ausländer- und Asylpolitik den höchsten politischen Handlungsbedarf sehen, sind diejenigen der Grünen. Für sie hat der Umweltschutz die oberste Priorität.

AHV

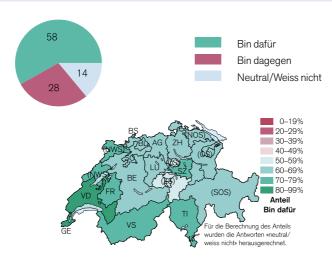
Die AHV soll durch eine Mehrwertsteuer-Erhöhung von 1 % zusätzlich finanziert werden.



Der Umwandlungssatz der obligatorischen beruflichen Vorsorge soll um 0.8 Prozentpunkte auf 6.0% gesenkt werden.



Die Schweiz führt eine neue Steuer auf Finanztransaktionen ein. Die Erlöse fliessen in die AHV.





Eine absolute Mehrheit von 53 % ist für eine Mehrwertsteuer-Erhöhung von 1 %, um die AHV zusätzlich zu finanzieren. Vor allem ältere Personen stimmen dem zu. Bei den 55 bis 64-jährigen ist eine grosse Mehrheit von 65 % dafür, wogegen bei den 25-34-jährigen den Vorschlag bloss 40 % befürworten. Am schlechtesten kommt eine solche Erhöhung bei den SVP-Wählern an, 49 % sind gegen eine solche Erhöhung, während bei den SP-Wählern bloss 20 % dagegen sind.

Eine absolute Mehrheit von 54% ist gegen eine Senkung des Umwandlungssatzes um 0.8 Prozentpunkte, nur 20% befürworten eine solche Massnahme. In keiner Alters-, Bildungsoder Einkommensgruppe lässt sich eine Mehrheit an Befürwortern finden. Sowohl in der FDP als auch in der CVP-Wählerschaft ist eine relative Mehrheit gegen den Vorschlag. Am ehesten stimmt dem Vorschlag die FDP-Wählerschaft mit 34% zu. Die Meinungen sind aber oft noch nicht gebildet, 26% wissen nicht was sie davon halten sollen oder sind neutral.

Eine deutliche absolute Mehrheit von 58 % befürwortet die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer zur Finanzierung der AHV. Lediglich 28 % sprechen sich dagegen aus. Mit zunehmendem Alter steigt die Befürwortung. Während bei den 15 bis 24-jährigen lediglich 37 % dafür sind, sind bei den über 65-jährigen mit 68 % fast doppelt so viele dafür, jedoch ist auch der Anteil Unentschlossener/Neutraler bei den Jüngeren mit 28 % am grössten. Auch bei den Einkommen zeigen sich klare Unterschiede, während bei den Top-Verdiener mit über 12'000 Fr. Monatseinkommen mit 46 % vs. 45 % eine sehr knappe relative Mehrheit dagegen ist, sind bei den Personen mit tieferen Einkommen rund 57 %–61 % dafür und gleichzeitig sind mehr Personen unentschlossen. Bei den Parteien sind insbesondere eine grosse relative Mehrheit der linken Parteien der SP und Grünen dafür. Aber auch bei der Wählerschaft der Mitteparteien GLP, BDP und CVP sind eine absolute Mehrheit von 59-63 % dafür. Selbst bei der SVP ist eine deutliche relative Mehrheit von von 49 % zu 37 % und bei der FDP eine knappe relative Mehrheit von 46 % vs. 43 % dafür. Gleichzeitig zeigt sich auch ein Röstigraben, die Zustimmung für eine Finanzmarkttransaktionssteuer ist insbesondere in den Westschweizer Kantonen und im Tessin hoch.

Direkte Demokratie und Parteifinanzierung

Wie beurteilen Sie die Anzahl Volksabstimmungsvorlagen pro Jahr auf nationaler Ebene?



Sollen die Parteifinanzierungsbeiträge offengelegt werden müssen (Betrag und Name des Geldgebers)?



Parlamentarier sollen bei der Einreichung von Anträgen eine Erklärung abgeben müssen, wer an dem Antrag mitgearbeitet hat.





Eine knappe absolute Mehrheit von 53 % beurteilt die Anzahl Volksabstimmungsvorlagen als gerade richtig. 26 % sind der Meinung es gäbe zu viele Abstimmungsvorlagen und 15 % würden gerne über mehr Vorlagen abstimmen. Mit zunehmendem Alter steigt der Prozentsatz derer, die finden, es gäbe zu viele Abstimmungsvorlagen. Bei den SVP- und den EDU-Wählenden ist man mit 20 % am ehesten der Meinung, es könnte gut mehr Abstimmungsvorlagen geben.

43 % der Schweizer Bevölkerung sind der Meinung, dass alle Parteifinanzierungsbeiträge offengelegt werden müssen und 30 % sind für eine Offenlegung ab 10'000 Franken. Nur 22 % sprechen sich gegen eine Offenlegung aus. Damit ergibt sich eine deutliche absolute Mehrheit von 73 % für eine Offenlegung ab 10'000 Fr. Vor allem die Wählerschaft am linken Rand des Parteispektrums spricht sich für eine Offenlegung aus. Bei den SP-Wählenden sind gerade mal 3 %, bei den Grünen 4 % gegen eine Offenlegung. Auch bei den GLP- und BDP-Wählenden sprechen sich lediglich 5 % resp. 6,% gegen eine Offenlegung aus. Einzig die SVP-Wählenden sind mit 43 % gegen eine Offenlegung, erreichen aber kumuliert ebenfalls eine knappe absolute Mehrheit, die sich mindestens für eine Offenlegung für Beiträge ab 10'000 Fr. aussprechen. Mit steigendem Einkommen sinkt die Zustimmung für eine Offenlegung.

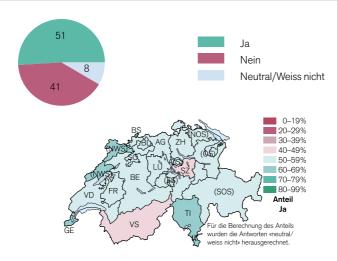
Eine deutliche absolute Mehrheit von 78 % möchte, dass die Parlamentarier eine Erklärung abgeben müssen, wer an den Anträgen mitgearbeitet hat, lediglich 12 % sind dagegen. Mit zunehmendem Alter steigt die Befürwortung einer solchen Erklärung. Am niedrigsten ist die Zustimmung bei der SVP-Wählerschaft, die mit 66 % aber immer noch deutlich dafür ist.

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Während des Asylverfahrens unterstützt die Schweiz die Asylbewerbenden:



Würden Sie ein Asylzentrum in Ihrer Gemeinde akzeptieren?



Die Schweiz soll sich im Kampf gegen Schlepperbanden folgendermassen an internationalen Missionen beteiligen.





Betreffend den Asylbewerbern sind 46 % der Meinung, dass die Asylsuchenden während des Asylverfahrens zu viel Unterstützung erhalten und 34 % sind der Meinung, dass sie genügend unterstützt werden. Hingegen sind nur 14 % der Meinung, dass sie zu wenig unterstützt werden. Vor allem junge Menschen sind der Ansicht, dass die Asylbewerbenden zu wenig unterstützt werden, so denken bei den 15 bis 24-jährigen 25 % es werde zu wenig Unterstützung geboten, während bei den über 65-jährigen nur noch 10 % dieser Meinung sind. Wenig erstaunlich ist, dass vor allem Anhänger der SVP mit 83 % der Meinung sind, die Asylbewerber würden zu viel unterstützt und bei den Grünen und der SP sind 42 % resp. 38 % der Meinung, dass die Asylsuchenden in der Schweiz zu wenig Unterstützung erhalten. Zudem wird der Anteil der Personen kleiner, je höher das verfügbare Haushaltseinkommen und je höher die abgeschlossenen Bildung ist. 48 % der Personen der tiefsten Bildungskategorie sind der Meinung, dass die Asylsuchenden zu viel Unterstützung erhalten, hingegen nur 31 % der Personen mit der höchsten Bildungsstufe. Gleichzeitig kann auch der Röstigraben beobachtet werden, so sind in Genf, Freiburg und Waadt 26 %, 21 % und 18 % der Meinung, dass die Asylbewerber zu wenig Unterstützung erhalten, in den Deutschschweizer Kantonen sehen dies nur 8-16 % so (mit Ausnahme von Basel-Stadt).

Während 80 % einem Asylzentrum im Allgemeinen zustimmen, würden lediglich eine relative Mehrheit von 50 % vs. 42 % ein solches Zentrum in der eigenen Gemeinde akzeptieren. Für 42 % der Befragten käme ein solches Zentrum in der eigenen Gemeinde nicht in Frage. Bei der SVP-Wählerschaft stösst ein Asylzentrum in der eigenen Gemeinde bei 79 % auf Ablehnung. Am meisten damit anfreunden könnte sich die Wählerschaft am linken Rand des Parteispektrums, so würden 86 % der SP-Wählenden und 85 % der Grüne-Wählenden einem Asylzentrum in der eigenen Gemeinde zustimmen. Aber auch bei den GLP-Wählenden ist die Akzeptanz mit 81 % sehr hoch. Mit steigendem Alter, höherem Einkommen und höherer Bildung steigt die Akzeptanz stark an. Bei den Kantonen lässt sich einzig im Kanton Wallis mit 55 % eine absolute Mehrheit an Gegnern finden.

Je 26 % sind der Meinung, die Schweiz solle sich finanziell respektive finanziell und mit Soldaten im Kampf gegen Schlepperbanden beteiligen. 22 % möchten, dass sich die Schweiz nur durch Soldaten der Schweizer Armee beteiligt und 18 % wünschen keine Beteiligung. Damit ergibt sich eine knappe absolute Mehrheit für eine finanzielle Beteiligung der Schweiz im Kampf gegen die Schlepperbanden mit rund 52 %. Während Männer eher eine finanzielle Beteiligung als eine durch Soldaten wünschen, ist es bei den Frauen umgekehrt. Mit zunehmendem Alter, Bildung und Einkommen verschiebt sich der Wunsch einer Beteiligung durch Soldaten hin zu einer finanziellen Beteiligung. Für keine Beteiligung sprechen sich am ehesten die SVP-Wählenden aus mit 30 %.

2 Übersicht

2.1 Verein Vimentis

2.1.1 Ziel und Zweck

Vimentis ist eine neutrale Politik-Plattform mit dem Ziel, den politischen Entscheidungsprozess in der Schweiz zu verbessern. Dabei soll den Bürgern einerseits ermöglicht werden, ihre Bedürfnisse zur Sprache zu bringen und früher in die politische Diskussion eingebunden zu werden. Andererseits sollen politische Themen einfach, verständlich und neutral erklärt werden, damit sich alle Bürger auf Basis sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können.

Um diese Ziele zu erreichen, betreibt Vimentis folgende vier Projekte:

- Die Online-Plattform soll dem Volk Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen ermöglichen.
- · Vimentis Dialog unterstützt die Diskussion zwischen Politik und Bevölkerung.
- Vimentis-Umfrage führt jährlich die grösste politische Online-Umfrage der Schweiz durch, um die Meinung der Bevölkerung zu aktuellen politischen Themen zu erfassen.
- Vimentis Wahlen erstellt Wahlhilfen zu kantonalen und nationalen Wahlen, die der Bevölkerung helfen, den richtigen Vertreter für die persönliche Meinung zu finden.



2.1.2 Vimentis-Umfrage

Die Vimentis-Umfrage ist die grösste politisch neutrale Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz mit jährlich 20 000 bis 30 000 Teilnehmern. Während mehreren Wochen kann die Schweizer Bevölkerung auf www.vimentis.ch zu verschiedenen Themenbereichen anonym Stellung nehmen und so aktiv zu einem intensiveren Dialog zwischen der Bevölkerung und der Politik beitragen.

Das erklärte Ziel ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen und dadurch der Politik und interessierten Kreisen eine Grundlage für politische Neuerungen zu schaffen. Damit wird eine Stärkung der direkten Demokratie erreicht und ein Stillstand der Politik verhindert. Daneben soll die Schweizer Bevölkerung zu einer aktiven Diskussion motiviert werden, um so die Zukunft der Schweiz mitzugestalten. Hinter dem Projekt stehen sechs Studenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Die Gruppe hat während dem vergangenen Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet.

2.2 Erhebungsmethodik

2.2.1 Repräsentativität

Vimentis-Umfrage ist repräsentativ für die Schweizer Bevölkerung mit einer Präzision von ± 4 %. Da es sich bei Vimentis-Umfrage um eine Online-Umfrage handelt, mussten verschiedene Vorkehrungen getroffen werden, um ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten.

Eine gewöhnliche Internetumfrage ist in der Regel aus folgenden Gründen nicht repräsentativ:

- · Personen, die über keinen Internet-Zugang verfügen, können nicht teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon Kenntnis haben.
- Es nehmen nur Personen teil, welche an den Umfragethemen interessiert sind.

Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden Orts-, Kantons- und nationale Parteien über die Umfrage informiert, die Bevölkerung über Medien und Partner zur Teilnahme aufgerufen und mehr als 11 Mio. Anzeigen im Internet aufgeschaltet.

Weiter wurden alle Antworten nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit wird die Schweizer Bevölkerung in diesen Kriterien durch die Stichprobe exakt abgebildet.

Mit diesen Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von gängigen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert und so ein aussagekräftiges Ergebnis erzielt. Dabei wurden die Daten des Bundesamts für Statistik als Grundlage verwendet. Die Ergebnisse von Vimentis sind dadurch bei 20224 Teilnehmern mit einer Präzision von ± 4 % repräsentativ. Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten.

Der Fragebogen umfasst insgesamt 48 Fragen. Mit den ersten 13 Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 35 Fragen befassen sich mit den vier Themenbereichen *Volksstimmung*, *AHV*, *Asyl- und Flüchtlingspolitik* und *Direkte Demokratie und Parteifinanzierung*.

2.2.2 Datenerhebung und Stichprobe

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 2.11.2015 bis zum 3.1.2016 erhoben worden.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. Antworten, bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Die Stichprobe wurde, wie unter Repräsentativität erläutert, nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Sie bildet damit die Bevölkerungsstruktur in diesen vier Dimensionen exakt ab. Grundlage für die Gewichtung waren die Bevölkerungsdaten des Bundesamts für Statistik.

2.2.3 Regionen

Um den Effekt der Verzerrung möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 500 Teilnehmern gemacht. Weiter wurden einzelne Kantone, die weniger als 500 Teilnehmer verzeichnen, mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf den einzelnen Kanton innerhalb dieser Region ist nicht möglich.

Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG



2.2.4 Parteistärken

Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Umfrage werden im Fragebogen einige Testfragen gestellt, anhand derer die Repräsentativität der Antworten überprüft werden kann.

Die wichtigste Testfrage ist dabei, welcher Partei die Teilnehmer bei den Nationalratswahlen 2015 ihre Stimme gegeben haben. Die Antworten auf diese Frage können mit dem realen Wahlergebnis 2015 verglichen werden. Daraus lässt sich auf die Präzision der von der Vimentis-Umfrage erhobenen Daten schliessen.

Die folgenden Ergebnisse entsprechen dem Wahlergebnis ± 4 %:

	Umfrage	Wahl	Differenz
BDP	5%	4%	1 %
CVP	8 %	12%	-4%
EDU	1 %	1 %	0%
EVP	1 %	3 %	-2%
FDP.Die Liberalen	18%	16%	2%
GLP	5 %	5 %	0%
Grüne	6 %	7 %	-1 %
SP	20 %	19%	1 %
SVP	30 %	29 %	1 %
andere	6 %	5%	1 %

2.3 Ergebnisse im Internet

2.3.1 Online-Datenbank

Alle Ergebnisse der Vimentis-Umfrage können Sie auch bequem und detailliert online abrufen. Total sind fast 500 Fragen zu 15 verschiedenen Themenbereichen kostenlos abrufbar. Die Datenbank umfasst damit sämtliche Ergebnisse der Vimentis-Umfragen seit 2004. Zudem können Sie die Ergebnisse nach verschiedenen demographischen Kriterien wie z. B. Alter, Geschlecht, Partei, Kanton, Bildung etc. aufschlüsseln. Die Datenbank finden Sie unter www.vimentis.ch/umfrage/ergebnisse.

2.3.2 Publikation

Die kommentierten Kurz- und Langfassungen aller Vimentis-Umfragen seit 2004 können Sie ebenfalls online als PDF-Datei herunterladen oder in gedruckter Form bei uns bestellen.

3 Danksagung

Ohne die Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen wäre die Durchführung der Vimentis-Umfrage nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:



Philippe Müller Präsident FDP



Regula Rytz
CoPräsidentin
Grüne



Albert Rösti Nationalrat SVP



Präsident BDP



David Roth
Vizepräsident



Christophe Darbellay Präsident CVP



Martin Bäumle Präsident GLP

Hauptsponsor

Die Mobiliar *Versicherungen & Vorsorge*

Medienpartner



Quellen

Titelbild: «Fotografien Parlamentsgebäude: Nationalratssaal» von *Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament*,

http://www.parlament.ch/d/service-presse/fotogalerie/nr-saal/Seiten/default.aspx.

Impressum

Vimentis Postfach 9000 St. Gallen www.vimentis.ch



Kontakt:

Angela Brunner, brunner@vimentis.ch

Redaktion:

Jon Baumann, Angela Brunner, Philipp Egger, Julia Fischer, Jöri Gujan, Daniel Geissmann, Fabian Heller, Yann Meyer, Alice Miceli, Stefanie Mühlebach, Cédric Müller, Florine Roduit, Daniel Weber

Alle geschlechtsspezfischen Bezeichnungen gelten immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: Februar 2016